



Inhalt

dbb und vbob

[Anhörung im Bundestag: Besoldungsstruktur im Bund wird verbessert](#)

Regionalkonferenzen zur Autobahngesellschaft beginnen

[Geyer: „Die gewerkschaftliche Arbeit ist nicht beendet“](#)

eGovernment Monitor 2019

[Böhm: Digitalisierungsstrategie bisher nicht wirkungsvoll genug](#)

dbb bundesfrauenvertretung

[Sexismus am Arbeitsplatz: Schärfere Regelungen gegen sexistisches Verhalten sind notwendig](#)

dbb bundesfrauenvertretung

[EU-Gleichstellungsindex 2019: Deutschland muss bei Gleichstellung aufholen](#)

dbb jugend

[Digitalisierung im öffentlichen Dienst: Junge Beschäftigte als Experten begreifen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bund Deutscher Forstleute (BDF)

[Forstleute drängen auf Weltwaldgipfel](#)

BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft

[Lebensmittelkontrolle: Mehr Personal und neue Zuständigkeiten gefordert](#)

Deutscher Philologenverband (DPHV)

[Grundlegende Reform der Kultusministerkonferenz gefordert](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und komba

[Einigung bei Tarifrunde: Deutliche Gehaltserhöhungen und längerer Kündigungsschutz](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Shell Jugendstudie: Schule muss Ort der Aufklärung und Demokratie sein](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb und vbob

Anhörung im Bundestag: Besoldungsstruktur im Bund wird verbessert

Die Besoldungsstrukturen des Bundes sollen verbessert werden. Der dbb hat das Vorhaben gelobt, auch wenn noch nicht alle berechtigten Forderungen der Beamtinnen und Beamten berücksichtigt wurden.

„Wir begrüßen das geplante Gesetz ausdrücklich, weil es wesentliche finanzielle Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen mit sich bringt“, unterstrich Friedhelm Schäfer, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, am 14. Oktober 2019 bei einer Sachverständigenanhörung zum „Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz (BesStMG)“. Als positive Aspekte nannte er beispielhaft die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die teilweise deutliche Anhebung beziehungsweise Ausweitung von Zulagen sowie nicht zuletzt die Einführung von Prämien zur Personalgewinnung und -bindung. „Auch die Schaffung einer Prämie für besondere Einsatzbereitschaft und Mobilität begrüßen wir als weiteren Schritt hin zu einer leistungsorientierten Bezahlung.“

Enttäuscht zeigte sich Schäfer darüber, dass die Stellenzulagen weiterhin nicht ruhegehaltfähig sein und auch nicht dynamisiert werden sollen. Außerdem warb er dafür, die zunächst

angedachte und doch wieder gestrichene Reform des Familienzuschlags nicht aufzugeben. Dieser sollte im Wesentlichen auf Verheiratete und Kinder reduziert und im Bereich des Kinderzuschlags erhöht werden. Davon hätten insbesondere Teilzeitbeschäftigte und auch Alleinerziehende profitiert, erklärte Schäfer. „Würde man umfassende Besitzstandsregelungen schaffen, könnte mit diesem Ansatz die Familienförderung gestärkt und das Besoldungsrecht in diesem Bereich wesentlich vereinfacht werden.“

Auch Rita Berning, Vorsitzende des vbob - Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, überzeugte der Gesetzentwurf nicht in Gänze. Eine wirkliche Strukturreform sei nicht gelungen, es handle sich im Wesentlichen nur um ein Zulagenmodernisierungsgesetz. „Viele Mitglieder fragen zurecht, warum die allgemeinen Verwaltungsbereiche im Bundesinnenministerium und bei der Politik im Hinblick auf den demografischen Wandel und die Digitalisierung, so wenig Beachtung finden“, kritisierte Berning.

Regionalkonferenzen zur Autobahngesellschaft beginnen

Geyer: „Die gewerkschaftliche Arbeit ist nicht beendet“

„Ich denke, die harten Fakten der Einigung zur Autobahngesellschaft können sich sehen lassen, aber was das für den Einzelnen bedeutet, muss auch der Einzelne entscheiden. Unsere Aufgabe ist es, zu informieren, Fragen zu beantworten und ganz einfach für die Mitglieder da zu sein“, erklärte Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, vor der ersten Regionalkonferenz zur Tarifeinigung am 16. Oktober 2019 in Hamburg.

Der dbb Vize verwies dabei nochmal auf den grundsätzlichen Charakter der Absprachen für die Autobahngesellschaft: „Das neue Tarifwerk ist nicht nur eine Art Bestandsschutz-Tarifvertrag für die heute Beschäftigten, sondern ein wegweisender Tarifvertrag – quasi ein TVöD plus -, dessen hohe Standards für die heute und die zukünftig Beschäftigten gleichermaßen gelten. Von daher ist die endlich erreichte Durchlässigkeit des Eingruppierungssystems für junge Interessenten ein echtes Pfund. Nunmehr entscheiden Eignung und auszuübende Tätigkeit über die Eingruppierung. Das ist ein wichtiger Fortschritt.“ Außerdem enthält der Tarifvertrag ganz konkrete Verbesserungen für

die Beschäftigten. Geyer: „Schon lange fordern wir eine Berufsunfähigkeitsversicherung, weil, wie wir alle wissen, die Arbeit auf der Straße, bei Wind und Wetter, mit hohen Risiken verbunden ist. Bei den Verhandlungen zur Autobahn GmbH ist es uns endlich gelungen, eine betriebliche Berufsunfähigkeitsversicherung durchzusetzen, die komplett vom Arbeitgeber bezahlt wird.“

Bis Mitte November wird es Regionalkonferenzen auch in Leipzig, Köln und Nürnberg geben. Geyer: „Gemeinsam mit VDStra, komba, BTB und DVG haben wir alles getan, damit die rechtliche Basis für den Übergang stimmt.“

Aber wenn die neue Autobahn GmbH mit etwa 15.000 Beschäftigten entsteht, braucht man nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass sich dort manches erst ‚zurechtruckeln‘ muss.

Dabei ist wichtig, dass wir uns in Fragen der Mitbestimmung durchgesetzt haben und dass es auch in der Übergangsphase keine betriebsratslose Zeit geben wird.

eGovernment Monitor 2019

Böhm: Digitalisierungsstrategie bisher nicht wirkungsvoll genug

„Die Bundesrepublik tritt beim Thema Digitalisierung der Verwaltung offensichtlich auf der Stelle,“ kommentierte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Jürgen Böhm die Ergebnisse des eGovernment Monitors 2019 der Initiative D21. Aus der am 16. Oktober 2019 in Berlin vorgestellten Untersuchung geht hervor, dass sowohl die Nutzung von, als auch die Zufriedenheit mit E-Government-Angeboten in Deutschland seit 2012 mehr oder weniger stagniert.

Obwohl 74 Prozent der Bundesbürger inzwischen einen Personalausweis mit digitaler Scheckkartenfunktion haben, nutzen beispielsweise nur sechs Prozent die damit verbundenen Funktionen. Genauso zurückhaltend gehen die Deutschen mit der Möglichkeit um, ihre Steuererklärung online anzugeben. Anders als in Österreich (81 Prozent) oder der Schweiz (58 Prozent) nutzen nur 33 Prozent der Steuerzahler hierzulande das Onlineverfahren ELSTER.

„Wenn in den vergangenen sieben Jahren die Zahl der Bundesbürger, die Onlineangebote der Verwaltung nutzen, generell nur von 45 auf 48 Prozent gestiegen ist und die Zahl der zufriedenen ‚Kunden‘ nur von 57 auf 60 Prozent

anwächst, kann man nicht von einer wirkungsvollen Digitalisierungsstrategie reden,“ so Böhm. Gleichzeitig liegt Deutschland nach der Studie auch bei der Angebotsvielfalt, bei Schnelligkeit und Komfort sowie beim Datenschutz aus Sicht der Nutzer hinter den Vergleichsländern Österreich und Schweiz.

Böhm: „Wir brauchen mehr klar strukturierte, einfache und verständliche digitale Dienstleistungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen außerdem ein breit aufgestelltes Fortbildungsangebot für die Beschäftigten, um dem steigenden Beratungsbedarf gerecht zu werden und wir brauchen mehr Engagement in der Nachwuchsgewinnung. Es kann auch dem öffentlichen Dienst nur guttun, den Anteil der ‚digital natives‘ deutlich zu erhöhen.“

dbb bundesfrauenvertretung

Sexismus am Arbeitsplatz: Schärfere Regelungen gegen sexistisches Verhalten sind notwendig

Zwei von drei Frauen in Deutschland haben schon einmal sexuelle Belästigung im beruflichen Umfeld erlebt. Das zeigt eine aktuelle europäische Umfrage. Die dbb bundesfrauenvertretung und der Gleichstellungs- und Frauenausschuss der CESI (FEMM) fordern schärfere gesetzliche Regelungen, um Sexismus am Arbeitsplatz wirkungsvoll zu begegnen.

„Sexistisches Verhalten, das zu körperlichen und seelischen Verletzungen führt, darf nicht länger geduldet werden. Die Lage ist ernst. Wir brauchen wirksame gesetzliche Mittel, die zum Handeln gegen sexistisches Verhalten zwingen. Die von uns geforderte Reform des Antidiskriminierungsgesetzes und die Zulassung von Verbandsklagen ist hier ein entscheidender Faktor, um Opfern von sexistischem Verhalten und geschlechterbedingter Diskriminierung besser den Rücken zu stärken“, machte Helene Wildfeuer am 16. Oktober 2019 deutlich.

Auch im öffentlichen Dienst müssten Arbeitgebende und Dienstherrn proaktiv auf ein gewaltfreies und wertschätzendes Arbeitsklima hinwirken. Denn auch hier seien sexuelle Übergriffe und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts keine Seltenheit. „Arbeitgebende müssen ihre Haltung verändern. Sexistisches Verhalten hat im Dienstalltag keinen Platz. Wir brauchen vor Ort in den Dienststellen gezielte Maßnahmen, die eine diskriminierungs- und sexismusfreie Behördenkultur fördern. Neben niedrigschwelligen Hilfsangeboten

müssen vor allem Führungskräfte darin geschult werden, sexistisches Verhalten zu erkennen, zu unterbinden und die Betroffenen zu unterstützen“, betonte Wildfeuer.

Unterstützung erhält sie vom Gleichstellungs- und Frauenausschuss der CESI, der bereits vor der Europawahl im Mai eine vollständige Umsetzung der EU-Gleichstellungsrichtlinie angemahnt hatte. „Sexistisches Verhalten am Arbeitsplatz steht nicht im Einklang mit geltender EU-Gesetzgebung. In allen Mitgliedstaaten müssen diese Vorschriften vollständig umgesetzt werden, alles andere ist eine Verletzung der EU-Verträge. Es ist ein Armutszeugnis, dass ausgerechnet in Deutschland die Rechtsdurchsetzung bei sexueller Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz nicht greift“, so die Ausschussvorsitzende und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann.

Hintergrund

Im europäischen Vergleich sind es die deutschen Frauen, die am häufigsten Belästigungen bei der Arbeit erleben. Das ergab eine aktuelle Umfrage der Brüsseler Stiftung Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und ihrer französischen Partnerorganisation Fondation Jean-Jaurès. Diese hatten 5000 Frauen, je rund 1000 in Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, zu ihren Erfahrungen mit sexueller Belästigung befragt. Danach haben 68 Prozent aller befragten Frauen in Deutschland schon einmal ernste oder weniger ernste Übergriffe erlebt. Die berichteten Belästigungen reichten von anzüglichen Kommentaren, Pfiffen oder Gesten, über eindeutige E-Mails oder SMS bis hin zu handgreiflichen Übergriffen und Druck von Vorgesetzten zu sexuellen Handlungen. Nur 17 Prozent der deutschen Frauen, die sexuell berührt worden waren und lediglich 13 Prozent, die zu sexuellen Beziehungen gedrängt worden waren, hatten dies bei einem Vorgesetzten angezeigt.

dbb bundesfrauenvertretung

EU-Gleichstellungsindex 2019: Deutschland muss bei Gleichstellung aufholen

Der am Dienstag, den 16. Oktober 2019, veröffentlichte Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zeigt, dass Deutschland mit 66,9 von 100 Punkte im europäischen Gleichstellungsranking nur Platz 12 belegt. Die dbb bundesfrauenvertretung kritisiert die langsame Entwicklung in Deutschland und hofft auf eine wirkungsvolle nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

„Defizite bei der Gleichstellung hindern uns daran, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale voll auszuschöpfen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die im letzten Jahr verabschiedete EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben konsequent umzusetzen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 17. Oktober 2019.

Besonderes Augenmerk des diesjährigen Index liegt auf der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und deren Relation zur Geschlechtergleichstellung. „Das Bundeselterngeld- und Elternzeit ist das wichtigste familienpolitische Instrument zur Unterstützung von Eltern, die Betreuungsaufgaben mit ihrer Arbeit in Einklang bringen müssen. Hier muss der Zeitraum ausgeweitet werden, den der zweite Anspruchsberechtigte das Elterngeld mindestens beziehen muss“, so Wildfeuer.

Aber auch bei der staatlichen Unterstützung von pflegenden Angehörige müsse unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung deutlich nachbessert werden. „Die Zahl der älteren Menschen steigt in den kommenden Jahren drastisch und damit auch der Bedarf an Langzeitpflegedienstleistungen. Bisher sind es vor allem Frauen zwischen 50 und 64, die hier die Lücke in der Pflege schließen – eigenhändig und unbezahlt. Ein Anspruch auf Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren oder vorübergehend unterbrechen, könnte die Situation deutlich entspannen“, stellte Wildfeuer heraus.

Der Index für die Gleichstellung der Geschlechter analysiert sechs Kernbereiche: Arbeit, Einkommen, Bildung, Zeit, Macht und Gesundheit. Mit 53,7 Punkten belegt Deutschland im europäischen Vergleich hier nur Platz 24. „Ausgerechnet in Deutschland liegt, im Gegensatz zu fast allen anderen Mitgliedstaaten, die Quote der Hochschulabsolventinnen ganze

acht Prozent unter dem Anteil der männlichen Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung ist überraschend und besorgniserregend zugleich. Hier muss genauer hingesehen werden, was junge Frauen daran hindert, ein Hochschulstudium abzuschließen“, so Wildfeuer. Aber auch die unterschiedlichen Präferenzen von jungen Männern und Frauen bei der Wahl der Studiengänge stellt laut Index für Deutschland eine Herausforderung dar. „Eine klischeefreie frühkindliche Bildung und ein praxisorientierter Schulunterricht, der Mädchen und Jungen den Zugang zu naturwissenschaftlichen wie sozialen Berufen in gleichem Maße schmackhaft macht, muss noch stärker unterstützt werden“, betonte Wildfeuer.

Spitzenreiter im Gleichstellungsranking innerhalb der EU ist Schweden mit 83,6 Punkten. Auf dem letzten Platz liegen Griechenland und Ungarn mit nur 52 Punkten. Portugal hat mit einem Plus von 3,9 Punkten den größten Sprung nach vorne gemacht. „Der Index zeigt, dass fast die Hälfte aller Mitgliedstaaten unter die 60-Punkte-Marke fallen. Das entspricht in keiner Weise unseren Ansprüchen an Geschlechtergerechtigkeit in der Europäischen Union. Hier muss die EU-Kommission klare Kante zeigen und die Förderung der Gleichstellung zur Chefsache erklären“, forderte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

dbb jugend

Digitalisierung im öffentlichen Dienst: Junge Beschäftigte als Experten begreifen

Gerade für junge Menschen sind digitale Arbeitsabläufe selbstverständlich. Das Wissen um eine effektive und intuitive Nutzung moderner Technik muss in der Verwaltung mehr gewürdigt und stärker gefördert werden.

In ihrem Positionspapier zur Digitalisierung, das die dbb jugend im Vorfeld des Ideencampus „Let's get digital“ am 22. Oktober 2019 publizierte, setzt sie sich dafür ein, junge Beschäftigte aufgrund ihrer nachgefragten Fähigkeiten aktiv in den Digitalisierungsprozess einzubeziehen. Das natürliche Expertenwissen junger Beschäftigter müsse anerkannt und gemeinsam mit dem Erfahrungswissen der Älteren aktiv genutzt werden. Dies könne neue Begegnungen auf Augenhöhe mit den erfahrenen Kolleginnen und Kollegen ergeben, von denen beide Seiten profitieren können.

Als weiteren zentralen Aspekt einer erfolgreichen Digitalisierung nennt das Papier die adäquate Ausbildung der Beschäftigten. Da sich

die Anforderungen schnell wandelten, müssten die Inhalte in Studium und Ausbildung fortlaufend aktualisiert werden. Die Basiskompetenzen digitalen Verwaltungshandelns und Veränderungskompetenz müssten fachspezifisch, berufsgruppen- und laufbahngerecht vermittelt werden. Nur so könne eine fortlaufende Modernisierung der Dienststellen gelingen.

Die dbb jugend sieht laut Positionspapier in der Digitalisierung eine große Chance für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, um in Zukunft effektiver und angenehmer zu arbeiten. Nun gehe es darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bund Deutscher Forstleute (BDF) **Forstleute drängen auf Weltwaldgipfel**

„Der menschengemachte Klimawandel gefährdet weltweit den Waldbestand. Dabei ist die grüne Lunge der Erde einer der Faktoren, die zur Begrenzung der Erderwärmung beitragen können“, sagt Ulrich Dohle, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) im dbb.

Nationale Maßnahmen allein reichten daher nicht aus, so der Gewerkschaftschef der Forstleute in Deutschland. „Deshalb ist es höchste Zeit für einen Weltgipfel zur Rettung des Waldes.“ Die Bekämpfung von Entwaldung und Waldschädigung, die Unterstützung der Anpassung der Wälder an den Klimawandel und natürliche Störungen, die Schaffung neuer Wälder und die Umsetzung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung seien von grundlegender

Bedeutung für den Übergang zu einem klimaneutralen Planeten und einer nachhaltigen Zukunft.

„Im Kampf gegen die Erderwärmung spielt der Wald eine zentrale Rolle. Wir müssen seinen Schutz weltweit angehen“, zeigt sich Dohle überzeugt. Der BDF Bundesvorsitzende unterstützt daher ausdrücklich einen offenen Brief der Spitzen europäischer und internationaler Forstorganisationen an die Staats- und Regierungschefs aller UN-Staaten.

BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft **Lebensmittelkontrolle: Mehr Personal und neue Zuständigkeiten gefordert**

Die Zahl der Lebensmittelrückrufe in Deutschland hat sich seit 2012 mehr als verdoppelt. Laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sind Fleisch- und Milchprodukte besonders betroffen. Der BTB Bundesvorsitzende Jan Georg Seidel fordert daher mehr Fachkräfte in der Lebensmittelkontrolle sowie eine grundlegende Reform der Zuständigkeiten nach bayerischem Vorbild.

Um effizient und kompetent überwachen zu können, brauche es mehr als bisher interdisziplinäre Ansätze mit gut qualifiziertem Fachpersonal, so der BTB Chef. Im Zusammenhang mit den aktuellen Vorfällen verweist Seidel auf eine Untersuchung des bayerischen Rechnungshofs, die empfohlen hat, die Überwachung auf Landesebene neu zu organisieren. So werden in Bayern seit Januar 2018

rund 600 komplexe Großbetriebe von einer neuen, landeseigenen Kontrollbehörde überwacht. Diese ist nicht nur mit Lebensmittelkontrolleuren und Tierärzten, sondern auch mit Lebensmittelchemikern, Lebensmitteltechnologern und Informatikern ausgestattet, um ein ganzheitliches Überwachungskonzept zu gewährleisten.

Deutscher Philologenverband (DPhV) **Grundlegende Reform der Kultusministerkonferenz gefordert**

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands, fordert von der Kultusministerkonferenz, ein zukunftsfähiges und auf Expertise beruhendes System zur Steuerung der Bildungspolitik zu entwickeln. Kernpunkte dieses Systems sollen eine kritische Rückschau, eine bessere Steuerung sowie eine Reform der Konferenz mit einer dreijährigen Amtszeit des Präsidenten oder der Präsidentin sein.

„In der Bildungspolitik müssen die dicken Bretter langfristig gebohrt werden, das kann solide

nicht in einer einjährigen Amtszeit gelingen!“, kritisierte die DPhV-Vorsitzende die bislang auf

ein Jahr beschränkte Amtszeit der rotierenden KMK-Präsidentschaft.

Ein Bildungsstaatsvertrag werde die anstehenden Probleme nicht lösen können, betonte Lin-

Klitzing. „Aber er und die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz werden zeigen, wie ernst es den Ländern und der KMK tatsächlich damit ist, strukturelle Bildungsungleichheiten zwischen den Ländern endlich anzugehen.“

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und komba **Einigung bei Tarifrunde: Deutliche Gehaltserhöhungen und längerer Kündigungsschutz**

Die Vertreter der Tarifgemeinschaft, der auch DPVKOM und komba angehören, haben sich am 10. Oktober 2019 mit der DB Privat- und Firmenkundenbank AG (DB PFK AG) auf ein umfangreiches Tarifpaket verständigt. Es sieht wesentliche Verbesserungen für die für Beschäftigten der verschiedenen Einheiten der ehemaligen Postbank (PB) vor – unter anderem eine Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen bis zum 30. Juni 2023 sowie Gehaltserhöhungen von 3,0 Prozent ab dem 01.11.2019 und von 1,75 Prozent ab dem 01.10.2021 bei einer Mindestlaufzeit der Entgelttabellen bis zum 31.12.2021.

Die monatlichen Bezüge für die Mitarbeiter der PB-Filialvertrieb AG und der PB Direkt GmbH steigen ab dem zweiten Anhebungsschritt monatlich um mindestens 110 Euro. Zudem wird ein 13. Monatsgehalts bei PB Direkt eingeführt.

In 2021 beträgt dieses die Hälfte eines Monatsgehalts und ab 2022 ein ganzes Monatsgehalt. Weitere wichtige Ergebnisse finden sich auf dpvkom.de.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Shell Jugendstudie: Schule muss Ort der Aufklärung und Demokratie sein

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), mahnt aufgrund der neuen Shell-Jugendstudie einen stärkeren Fokus auf Bildung an. Die Vermittlung von Wissen über naturwissenschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge für Jugendliche sei wichtiger denn je, so Böhm, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.

„Junge Menschen dürfen nicht zum Spielball von Populisten und Extremisten werden oder billigen, gut zu verkaufenden Fake-News aufsitzen“, betonte Böhm anlässlich der Vorstellung der Studie am 16. Oktober 2019 in Berlin. „Gefordert ist ein kritisches Herangehen an gesellschaftliche Entwicklungen und keine Panikmache oder die Suche nach einfachen Sündenböcken.“

Böhm fordert in diesem Zusammenhang eine klare Stärkung der Schulen und der Bildung in unserem Land. „Jugendliche von heute wollen sich austauschen, diskutieren, die Zukunft ge-

stalten, den eigenen Weg finden. Dazu müssen wir ihnen in den Schulen entsprechende Freiräume schaffen und ihnen Lehrkräfte zur Seite stellen, die hervorragend ausgebildet sind, Antworten auf drängende Fragen geben und Leistung fördern und fordern können.“

In der Untersuchung werden alle vier Jahre etwa 2500 Jugendliche zwischen zwölf und 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation, ihrem Interesse an Politik und zu ihren Ängsten befragt. Die Studie wurde von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey zusammen mit Sozialwissenschaftler Mathias Albert in Berlin veröffentlicht.

Namen und Nachrichten

Die Mediengewerkschaft **VRFF** hat am 14. Oktober 2019 erneut den WDR bestreikt. Vor der sechsten Verhandlungsrunde mit dem Beitragsservice des öffentlich-rechtlichen Senders liege noch kein anständiges Angebot des Arbeitgebers vor, so der Tarifbeauftragte des VRFF im Beitragsservice, Christian Gesch. Die Kolleginnen und Kollegen seien nicht bereit, sich das bieten zu lassen und hätten daher kurzfristig zum nunmehr vierten Warnstreik aufgerufen.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, fordert nach dem Attentat in Halle von der Politik mehr Geld für den Schutz jüdischer Einrichtungen in Deutschland. Die Polizei habe nicht genug Personal, um alle Synagogen rund um die Uhr zu beschützen. Gegenüber der Augsburgers Allgemeine (Ausgabe vom 15.10.2019) sagte Wendt: „Wenn der Kampf gegen Antisemitismus bei uns – völlig zu Recht – Staatsräson ist, dann muss es uns auch das Geld wert sein.“ Das sei derzeit nicht der Fall. Wendt verweist auf Berlin, wo es bei der Polizei eine

zentrale Abteilung für Objektschutz gibt. Die Beschäftigten dort sind keine Beamten, sondern Angestellte. Rainer Wendt sagt, solche speziellen Einheiten für Objektschutz seien auch in anderen Teilen Deutschlands erforderlich.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, machte sich auf dem 3. „International Symposium on Handwriting Skills“ am 11. Oktober 2019 für eine stärkere Förderung der Handschrift stark. „Erst ist es das Halten von Gegenständen, dann die Nutzung von Stiften und schon bald beginnen Kinder, sich spielerisch an das Zeichnen von Formen zu wagen. Dies alles trägt dazu bei, eine gute Motorik auszuprägen, die maßgeblich ist für das Erlernen des Handschreibens“, so der VBE-Chef. Es unterstütze nicht nur die Rechtschreibung und das Lesen, sondern fördere auch das Textverständnis und helfe dabei, Neues besser zu lernen. Sein Fazit: „Das Handschreiben ist Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, es unterstützt Lernprozesse und bleibt auch in Zeiten der Digitalisierung wichtig.“

Kommende Termine

5. Seniorenpolitische Fachtagung
„Wohnen im Alter – Unbezahlbar in der Stadt oder verlassen auf dem Land?“
21. Oktober 2019, dbb forum berlin

30. Europäischer Abend
„Die EU und Afrika“
21. Oktober 2019, dbb forum berlin

dbb jugend Ideencampus
„Let's get digital“
22. Oktober 2019, dbb forum berlin